Die Linke

Kreisverband
Darmstadt-Dieburg

Kurzfassung

Kreistags Wahlprogramm

Für die Kommunalwahl am 15. März 2026

Die Linke
Kreisverband
Darmstadt-Dieburg

Für eine bessere Zukunft im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist ein wichtiger Wirtschafts- und Bildungsstandort und ein attraktiver Lebensraum. Aber es gibt auch soziale Ungleichheit, Umweltprobleme und eine unzureichende Infrastruktur. Als DIE LINKE setzen wir uns für eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft ein. In diesem Wahlprogramm stellen wir unsere Ziele und Forderungen für eine bessere Zukunft im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor.

Kommunen und Landkreis ausreichend finanzieren

Der Kreis und seine Kommunen sind völlig unterfinanziert und stecken tief in der finanziellen Strukturkrise, die zur Beschränkung auf Pflichtaufgaben zwingt und keinen Spielraum für eine eigenständige Sozialpolitik mehr lässt. Die Möglichkeiten zur Teilhabe an unserer Gesellschaft werden dadurch eingeschränkt, das Vertrauen in unsere Demokratie wird beschädigt, rechtsradikale Tendenzen unterfüttert. Wir brauchen den Ausbau von Sozialleistungen, des geförderten Wohnungsbaus sowie von Zuschüssen für Kultur, Bildung und Freizeit. Wir brauchen Investitionen in die Energie- und Verkehrswende, in den Klimaschutz und in die Bildung. Dafür werden wir uns im Kreistag einsetzen. Alles andere wird uns und künftige Generationen teuer zu stehen kommen. Die LINKE kämpft auf Bundesebene für sozial gerechte Steuerreformen, die Reichtum und Profite stärker belasten. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und die Besteuerung von großen Erbschaften, Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen.

Gute Bedingungen für gute Arbeit schaffen

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge soll für alle Betriebe und Beteiligungen des Kreises gelten, auch bei sogenannten „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen. Tarifbindung muss auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Kriterium sein. Ausbildungsplätze beim Kreis, seinen Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sind zu erhalten und auszubauen. Wir erwarten in allen Bereichen eine Personalausstattung, die am Bedarf orientiert ist. Belastungsanzeigen müssen immer ernst genommen werden.

Wohnen

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist im Landkreis eine Katastrophe! Es fehlen über 5000 Wohnungen, die Preise für Mieten und Baugrund steigen rasant. Besonders Menschen, die nicht am oberen Ende der Einkommensskala leben, werden gezwungen einen viel zu großen Teil des verfügbaren Einkommens für Wohnen, Heizen und Essen aufzuwenden. Da bleibt nicht mehr viel übrig, um Rücklagen zu bilden für eine kaputte Waschmaschine oder wenn das Auto in die Werkstatt muss. Daher müssen sowohl die Kosten für Wohnraumschöpfung, von Verkehrswegen und Infrastruktur als auch die Kosten für den Unterhalt möglichst niedrig gehalten werden, indem die Stadtplanung auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Lebensqualität ausgerichtet wird. Bei der Stadtplanung soll der Flächenverbrauch auf ein Minimum reduziert werden – Sanierung vor Neubau. Neue Wohnformen in mehrgeschossigen

Häusern aus nachhaltigen Baustoffen sollen besonders gefördert werden. DIE LINKE Darmstadt-Dieburg fordert, gemeinsam mit den Kreiskommunen eine öffentliche kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen und die Gemeinden bei der Gründung eigener Gesellschaften zu unterstützen. Kommunen sollen neu geschaffenen Baugrund nicht veräußern, sondern in Erbpacht an gemeinwohlorientierte Gesellschaften oder an Genossenschaften vergeben, die dafür eine dauerhafte Sozialbindung garantieren. Für den Wohnungsbestand fordert DIE LINKE einen wirksamen Mietpreisdeckel.

Solidarische Gesellschaft

Armut ist kein naturgegebenes Übel, das man einfach dulden muss – sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und wirtschaftlicher Strukturen, die Wenige bevorteilen und Viele benachteiligen. DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, in der niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen, klein gehalten oder entwürdigt wird. Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung. Menschen mit wenig Geld sollen ganz normal am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dafür soll es eine Teilhabekarte geben. Familien brauchen mehr Unterstützung – bei der Erziehung der Kinder, der Unterstützung von Jugendlichen oder bei der Pflege von Angehörigen. Für alle Kinder soll es ab dem ersten Lebensjahr einen kostenfreien Platz in einer öffentlichen Kita geben. In allen Bildungseinrichtungen sollen Materialien, Mittagessen, Ganztagsbetreuung und Fahrkosten kostenlos sein. Jugendliche brauchen Orte zum Treffen, zum Feiern und zur Freizeit. Minderheiten haben das Recht auf Gleichstellung und besonderen gesellschaftlichen Schutz. Das gilt auch für Geflüchtete. Sie sollen in normalen Wohnungen leben. Das fördert die Integration. Zur Bezahlkarte sagt DIE LINKE ein klares NEIN! Sie ist diskriminierend. Rassismus und rechte Gewalt sind stärker geworden. DIE LINKE will dagegen zeigen: Rechtsextremismus hat keinen Platz im Landkreis. Unser Stadtbild ist BUNT!

Frieden und Solidarität

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Kriege und Naturzerstörung sind die Hauptursachen für Flucht und Vertreibung. Deshalb sind wir gegen Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze der Bundeswehr. Hochrüstung gehen zulasten notwendiger Investitionen in Kitas und Schulen, in bezahlbaren Wohnraum, öffentliche Infrastruktur, soziale Sicherheit, Klimaschutz und ökologische Kreislaufwirtschaft. Dagegen setzen wir Abrüstung und Frieden. Notwendig ist eine solidarische internationale Zusammenarbeit gegen nationalistische Politik und profitorientierte Wirtschaft.

Gesundheit

Ein großer Teil der Hausärzte im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat bereits ein höheres Alter erreicht. Bis zum Jahr 2030 rechnet die Kassenärztliche Vereinigung Hessen für 26 Prozent der Stellen im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit Nachfolgebedarf. Bis zum Jahr 2035 soll er auf 38 Prozent steigen. Schon jetzt sind in manchen Kommunen nicht alle Stellen besetzt und die Suche nach Hausärzten und -ärztinnen gestaltet sich äußerst schwierig. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Fachärzten und -ärztinnen – mit langen Wartezeiten oder gar der Weigerung, Termine an Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen zu vergeben. Bestehende Programme zur Förderung der Niederlassung von Medizinern sind zu prüfen,

anzupassen und zu erweitern. Das vom Kreistag 2017 beschlossene Versorgungskonzept 2025 muss dringend aktualisiert werden. Die mittlerweile sechs Medizinischen Versorgungszentren sind entsprechend dem Bedarf in weiteren Kommunen auszubauen. „Gemeindepflege“ muss mit Unterstützung des Kreises flächendeckend in den Kommunen etabliert werden. Bund und Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten den finanziellen Spielraum aller Krankenhäuser in Deutschland erheblich eingeschränkt. DIE LINKE fordert auf Bundesebene die vollständige Abschaffung des Fallpauschalen-Systems zugunsten einer bedarfsorientierten Vergütung durch die Krankenkassen. Die Kreiskliniken sind auch zukünftig weiter in kommunaler Trägerschaft zu führen und entsprechend den Bedarfen der Bevölkerung weiterzuentwickeln. Wir fordern die Anwendung des TVÖD in allen Arbeitsbereichen.

Pflege

Viele Menschen sind schon heute auf Pflege angewiesen und fast alle von uns werden Pflege und Unterstützung benötigen. DIE LINKE will eine Pflege, in der die pflegebedürftige Person im Mittelpunkt steht. Wir wollen eine Pflege, die es Beschäftigten möglich macht, langfristig und mit hoher Arbeitszufriedenheit im Beruf tätig zu sein. Wir wollen eine häusliche Pflege, die für die privaten Pflegepersonen zeitlich und finanziell mit beruflicher Tätigkeit und anderen Aufgaben vereinbar ist. Die demografische Entwicklung führt zu einem Anstieg an Pflegebedürftigen in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen. Bereits jetzt gibt es gravierende Versorgungslücken. DIE LINKE fordert deshalb einen gesetzlich fixierten Paradigmenwechsel hin zu einer kommunalen Aufgabe Pflege. Dafür müssen die Kommunen mit der Sicherung der ambulanten und stationären Pflege und Betreuung beauftragt und ausreichend finanziell ausgestattet werden. Pflege muss für alle finanzierbar und zugänglich sein. Dafür bedarf es einer grundlegenden Transformation der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung. Dies wird seit Jahren verschleppt.

Mobilität und Nahverkehr

DIE LINKEN will erschwingliche und zuverlässige Mobilität für alle. Die Infrastruktur des Straßen- und des Schienenverkehrs wurde jahrzehntelang vernachlässigt und Investitionen sind lange überfällig. Autofahren wird zwar immer teurer, aber es mangelt an Alternativen. Das Angebot an Busverbindungen ist oft nicht bedarfsgerecht, langsam und unzuverlässig. Schienen- und Radwegenetz ist unzureichend ausgebaut. Damit die Transformation zu einer klimafreundlichen und sozial gerechten Mobilität gelingen kann, müssen auch auf Kreisebene konsequent Prioritäten für attraktive Alternativen zum Auto gesetzt werden. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein wichtiger Bestandteil unserer Infrastruktur und ein wichtiger Faktor für die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE fordert Nulltarif für den ÖPNV. Ortschaften und Städte im Landkreis sollen durch den DaDi-Liner besser vernetzt werden. Der Bau weiterer Schienenverbindungen – etwa von Griesheim bis Riedstadt und Weiterstadt bis Groß-Zimmern – ist mit Nachdruck zu verfolgen. DIE LINKE unterstützt zudem die Forderung nach einer Reaktivierung der Gersprenztalbahn. Fahrradfahren stellt eine klimafreundliche, effiziente und kostengünstige Fortbewegungsmöglichkeit für jede Altersgruppe dar. Doch oft fehlt in den Städten und Gemeinden eine entsprechende Verkehrsplanung. Auch Fußgänger und Fußgängerinnen müssen bei der Straßenplanung stärker berücksichtigt werden.

Schulen und Bildung

Der „Pakt für den Ganztag“ ist Programm für die Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Mit dieser Konzeption sind neue Maßgaben für die räumliche Gestaltung verbunden, die klassen- und jahrgangs-übergreifendes, selbstorganisiertes Lernen ermöglichen. „Lernlandschaften“ betonen die Funktion des Raums als „dritter Pädagoge“. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an räumliche Gestaltung und Ausstattung der Schulen. Mit seinem Schulbauprogramm ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Aber es gibt noch viel zu tun, und deshalb fordert DIE LINKE noch mehr Investitionen, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Dazu gehört neben dem Schulbau auch eine gute Ausstattung mit Sachmitteln und qualifizierten Lehrkräften. Ein besonderes Augenmerk richtet DIE LINKE dabei auf die Digitalisierung. Sie durchdringt alle Lebensbereiche, insbesondere die unserer Kinder und Jugendlichen. Soziale Medien bieten immense Chancen für Information, Vernetzung und Identitätsbildung, bergen jedoch auch erhebliche Risiken. Der Landkreis kann dem Prävention und Bildung entgegensetzen, indem er Medienkompetenz als dauerhafte Aufgabe begreift und durch Stärkung der Schulsozialarbeit und mehr Kooperationsprojekte mit externer Kompetenz unterstützt. DIE LINKE will eine Schule ohne Druck, ohne Hausaufgaben und Noten. Die Forderung „Jedes Kind soll schwimmen lernen“ ist durch die finanzielle Unterstützung zum Erhalt und Neubau von Bädern zu unterfüttern.

Klimaschutz, Energieeffizienz und nachhaltige Landwirtschaft

Unser Landkreis hat viele Möglichkeiten des Einsatzes für den Klimaschutz, den umweltgerechten Umgang mit Energie und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. DIE LINKE will, dass er mit gutem Beispiel vorangeht – sozial, ökologisch und demokratisch. Dazu gehören energieautarke Kreisschulen und Verwaltungsgebäude - Photovoltaik auf alle geeigneten Dächer, Nutzung von Wärmepumpen, Solarthermie und Regenwassernutzung; energetische Sanierung des gesamten Kreisliegenschaftsportfolios bis spätestens 2035, mehr Personal und Mittel für die Stabsstelle Energie/Klima sowie eine kreisweite Förderung für Energiegenossenschaften, Bürger-Solarprojekte und Nahwärmenetze. Der Landkreis ist verantwortlich für Abfallwirtschaft, Bodenschutz und beteiligt an regionalen Wasser- und Energieverbänden. DIE LINKE will: Keine Privatisierung von Abfall- oder Wasserwirtschaft; Schutz des Trinkwassers in Zusammenarbeit mit den Wasserverbänden; mehr Recycling und Wiederverwendung in den kommunalen Entsorgungsbetrieben; Ausbau von Kompostierungs- und Biogasanlagen. Gegen den fortschreitenden Flächenverbrauch soll der Kreis Bodenversiegelung begrenzen und ökologische Ausgleichsflächen verbindlich festschreiben. Auch bei Landwirtschaft und Ernährung hat der Kreis Steuerungsmöglichkeiten – etwa durch Förderung von Direktvermarktung und Bio-Umstellung, durch Beratung, Label-Initiativen und kreiseigene Märkte. Kreiseigene Ackerflächen sollen nur noch an Betriebe verpachtet werden, die ökologisch und sozial verantwortlich wirtschaften. Mit Schulen und Mensen soll die Verwendung regionaler Bio-Produkte in der Schulverpflegung gestärkt werden. Tierschutz ist kommunale Verantwortung. Durch gezielte Maßnahmen – von Katzenschutzverordnungen über tierversuchsfreie Forschung bis hin zu naturnahen Lebensräumen – können Städte, Gemeinden und der Landkreis ein Vorbild für verantwortungsbewusstes Handeln sein.